No. 208. — 55. Jahrgang.

Abonnementspreise für Berlin
15 Pf. wöchentlich
frei ins Haus zweimal täglich mit 8seitig. Sonntagsblatt
monatlich m. 16seitig. Sonntagsblatt M. 0.75
vierteljährl. m. 16seitig. Sonntagsblatt „ 2.25
Abonnementspreise für auswärts
bei Bezug durch die Post
monatlich m. 16seitig. Sonntagsblatt M. 0.80
vierteljährl. m. 16seitig. Sonntagsblatt „ 2.40

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Berliner Volks-Zeitung

Mit Illustriertem Sonntagsblatt

Abend-Ausgabe

Sonnabend, 4. Mai 1907

Insertionspreis für die Zeile 40 Pf.
Stellengesuche und Gesuche . . 30 „
Haupt-Expedition:
SW. Jerusalemer Straße 46/49.
Filialen: S. Prinzenstr. 41. SO. Kottbuserstraße 1. SO. Sommerstraße 29. O. Petersburgerstraße 2. NO. Große Frankfurterstraße 33 und Große Frankfurterstraße 87. NO. Ackerstraße 31. N. Schiffbauerdamm 1. N. Gerichtstraße 14. C. Königstraße 56/57. NW. Alt-Moabit 138. W. Potsdamerstr. 33. W. Leipzigerstr. 103. SW. Mittenwalderstraße 6. Rixdorf, Prinz Handjerystraße 83/84 und Berlinerstr. 73. Schöneberg, Hauptstr. 12. Charlottenburg, Kantstraße 34.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath in Berlin.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Der Riß im Zentrumsturm

weitert sich immer mehr. Das zeigt der Ausfall der trigen Reichstagsersatzwahl im rheinischen Wahlise Schleiden-Malmedy-Montjoie, die durch Tod des bisherigen Vertreters des Wahlkreises im Reichsge, des Prinzen Arenberg, erforderlich geworden war. Man hatten bereits mitgeteilt, daß dem offiziellen ntrumskandidaten, dem Regierungsrat Fervers Düsseldorf, den das Kreiswahlcomité der Zentrumsrtei zum Kandidaten proklamiert hatte, seitens Zentrumsagrarier des Wahlkreises ein Gegenkandidat in Person des Grafen v. Spee gegenübergestellt worden r. Wie aus dem Wahlkreise berichtet wird, hatte die trige Reichstagsersatzwahl folgendes Ergebnis:

Abgegeben wurden für Fervers (Zentrum) 10.360, für den afen v. Spee (Zentrum) 4418, für Scheibler (nationalliberal) und für Hofrichter (Sozialdemokrat) 102 Stimmen. Zerttert waren 42 Stimmen. Regierungsrat Fervers ist somit wählt.

Der offizielle Zentrumskandidat ist zwar gewählt worden, Gegenkandidat hat es aber beinahe auf die Hälfte der ihn abgegebenen Stimmen gebracht.

Um dieses Wahlergebnis gebührend würdigen zu können, ß man sich vergegenwärtigen, daß dieser Wahlkreis seit Jahre 1874 eine der sichersten Zentrumsdomänen darlte und daß dort stets der offizielle Zentrumskandidat schon ersten Wahlgange gegen einige hundert nationalliberale sozialdemokratische Stimmen gewählt wurde.

Noch bei der Hauptwahl am 25. Januar d. J. erhielt der fizielle Zentrumskandidat Prinz Arenberg ,418 (!) Stimmen gegen 762 nationalliberale und 334 ialdemokratische Stimmen. Der offizielle Zentrumskandidat also diesmal gegenüber der Hauptwahl mehr als 00 Stimmen eingebüßt!

Kurz vor der Wahl hatte der Vorsitzende des Provinzialsschusses der rheinischen Zentrumspartei zu vermitteln geht und den nach Köln berufenen Vertrauensmännern des hlkreises den Vorschlag gemacht, beide Kandidaturen fallen lassen und sich auf eine neue Kandidatur zu einigen. er dieser Einigungsversuch scheiterte an dem Widerstande Zentrumsbauern in der Eifel, die von dem Agrarier afen v. Spee nicht ablassen wollten. Noch am Mittwoch te der Vorsitzende des Rheinischen Bauernvereins, Freiherr Loë in der „Rheinischen Volksstimme" einen Aufruf unsten der Kandidatur Spees erlassen, der mit den orten schloß:

„Darum Eifelbauern, voran für euer heiliges Recht und die hre der gesamten Landwirtschaft, die es ablehnt, weiter zurückweichen."

An sich ist es wenig von Belang, ob anstelle des Prinzen enberg ein klerikaler Regierungsrat oder ein Zentrumsrarier in den Reichstag gelangt. Umsomehr fällt aber der geheure Verlust von mehr als 7000 Stimmen ins Gewicht, der offizielle Zentrumskandidat gegenüber der Hauptahl vom 25. Januar — also nachdem gerade ein Viertelr und eine Woche verstrichen sind — erlitten hat. Von sem Verluste von etwas über 7000 Stimmen gingen etwa 00 Stimmen auf den Zentrumsagrier über, während sich a 2500 Zentrumswähler der Wahl enthalten haben. s beweist, daß die Pfarrer und Kapläne, in deren Händen bisher der gesamte Wahlapparat befunden hat, die Herrsaft über einen sehr großen Teil der bisher getreuen Wahlschen verloren haben. 4500 Wähler haben in direktem gensatz zu dem Gebote der geistlichen Herren für den Zenmsagrarier gestimmt; 2500 Wähler haben sich von denigen geistlichen Wahlagitatoren, die bei der gegen den zellen Zentrumskandidaten herrschenden Opposition zu ten suchten, was zu retten war, wenigstens dazu bestimmen en, sich der Wahl zu enthalten.

Die gestrige Wahl in Schleiden-Malmedy zeigt, daß jetzt im Westen dieselbe Entwickelung zu vollnen beginnt, die in Oberschlesien das Zentrum um hrere seiner sichersten Wahlkreise gebracht hat. Die Rolle Nationalpolen in Oberschlesien spielen jetzt im Westen Zentrum gegenüber die Agrarier. Eine zeitlang hatte Partei in Oberschlesien die Nationalpolen an sich zu eln vermocht, bis es schließlich zum offenen Bruch kam. ßher hat das Zentrum die agrarischen Elemente in den sicheren Wahlkreisen des Westens ebenfalls zum Festten an der Partei zu veranlassen gewußt. Die trige Wahl in dem rheinischen Wahlkreise hat aber eigt, daß es auch hier zum Bruche kommen ed und kommen muß. Mögen sich die Zentrumsdiplomaten der Art des Herrn Spahn noch so sehr bemühen, den ß im Zentrumsturm zu verkleistern, sie werden den Zerfall s Turmes schließlich doch nicht aufhalten können. Der sfall der gestrigen Wahl in Schleiden-Malmedy redet eine r deutliche Sprache.

Der Reichskanzler Fürst Bülow feierte gestern seinen 58. Geistag. An dem Festmahl am Abend nahm auch der Kaiser Um 11 Uhr abends reiste der Kaiser nach Eisenach ab, wo er te morgen um 8 Uhr eintraf und vom Großherzog auf dem hnhofe empfangen wurde. Der Kaiser und der Großherzog been sich im Automobil auf die Wartburg.

Die Kaiserin ist heute früh 8 Uhr in Homburg eingetroffen.

Der Dumapräsident Golowin erhielt, wie ein Telegramm aus ersburg meldet, vom Zaren die Einladung, dem Osterfeste beim renhofe in Zarskoje Selo beizuwohnen.

Der russische Ministerrat beschloß, der Reichsduma den Entrf eines Gesetzes vorzulegen betreffend die Auslieferung von rbrechern von seiten Rußlands auf Antrag fremder Staaten

Das neue deutsch-amerikanische Handelsabkommen

ist heute, wie von uns angekündigt worden ist, dem Reichstage zugegangen. Ueber seine Entstehungsgeschichte und seinen Inhalt wird eine offiziöse Darstellung veröffentlicht. Danach einigten sich die beiden Kommissionen nach schwerer Arbeit über einen Entwurf, wonach die Vereinigten Staaten uns die ermäßigten Zollsätze der Sektion 3 des Dingley-Tarifs einschließlich derjenigen für Schaumweine einräumen und ferner die Durchführung einer Reihe der im Verwaltungswege möglichen Reformen der Zoll- und Konsularverordnungen zusichern. Die ermäßigten Zollsätze der Sektion 3 des Dingley-Tarifs waren dem Deutschen Reiche durch das Abkommen vom 10. Juli 1900 gesichert. Sie betreffen rohen Weinstein, rohe Weinhefe, Branntweine, Kunstwerke, nicht schäumende Weine und Wermut. Deutschland gewährt als Gegenleistung den Amerikanern einen bedeutenden Teil der Konventionalsätze aus den früheren sieben Verträgen. Es handelt sich hierbei um die ermäßigten Zollsätze aus den Verträgen mit Belgien, Italien, Oesterreich-Ungarn, Rumänien, Rußland, der Schweiz und Serbien. Weiter heißt es in der offiziösen Darlegung:

Bei der engeren Auswahl war die Gewährung der vertragsmäßigen Zollsätze für die wichtigsten Roherzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft unvermeidlich. Auch hier unterlassen jedoch die gemachten Zugeständnisse nicht sämtliche durch den Vertragstarif berührte Warengattungen; beispielsweise sind die Molkereierzeugnisse ausgenommen geblieben. Ferner war die Einräumung der Vertragssätze für Erdöle und für einige mit diesen in Zusammenhang stehende Erzeugnisse nicht zu umgehen.

Die weiteren Positionen haben wir bereits im letzten Morgenblatt angeführt. Der entschuldigende Ton, in dem diese offiziöse Begründung gehalten ist, zeigt deutlich das Unbehagen, das in Regierungskreisen über dieses Abkommen herrscht, das wir der agrarischen Wirtschaftspolitik des Kurses Bülow zu verdanken haben.

Ein Warner.

Mit der Politik Eduards VII. beschäftigt sich ein früherer französischer Staatsmann, der ehemalige Minister des Auswärtigen Flourens. Er kommt auf Grund seiner Darlegungen zu ganz anderen Resultaten als seine Landsleute und das ganze amtliche Frankreich. Er beschuldigt den König von England geradezu und mit dürren Worten, daß er mit seiner antideutschen Reise- und Besuchspolitik friedensfeindliche Absichten verfolge, vor denen Frankreich und alle beteiligten Mächte gewarnt werden müssen. Herr Flourens hat sich aus naheliegenden und begreiflichen Gründen kein französisches Blatt als Sprachrohr ersehen, sondern eine italienische Zeitung, den Mailänder „Corriere della Sera". Der Pariser Berichterstatter dieses Blattes hat mit dem französischen Politiker eine eingehende Unterredung gehabt, die der „Corriere" gestern veröffentlicht hat. Danach betonte Herr Flourens einem Telegramm der „Voss. Ztg." zufolge vor allem, daß der Angelpunkt der internationalen Politik in der Nebenbuhlerschaft zwischen Deutschland und England zu suchen sei, dessen König seine Netze im Mittelmeer ausspanne, um eine mächtige Koalition gegen das Deutsche Reich zusammenzubringen.

Darum sei König Eduard keineswegs, wie es manche behaupten, ein Friedensbote zu nennen, vielmehr sei es sein Ziel, den unausbleiblichen Kampf zwischen den beiden Mächten herbeizuführen, um nach Vernichtung der deutschen Seemacht die Hegemonie Großbritanniens auf allen Meeren zu sichern.

König Eduard habe den japanisch-russischen Krieg auf dem Gewissen, durch den er die Schwächung des großen asiatischen Nebenbuhlers herbeiführen wollte, während Kaiser Nikolaus, der prophetischen Stimme Krügers nicht gehorchend, während des Transvalkrieges keinen Vorstoß gegen die englische Herrschaft in Indien versucht habe. Durch die Schwächung Rußlands habe König Eduard auch Deutschland schwer geschädigt. In der mandschurischen Ebene seien die Deutschen in Person der der Russen geschlagen und so der Plan Deutschlands, im Verein mit Rußland, Frankreich und den Dreibund-Mächten einen Kontinentalbund gegen England zu stande zu bringen, zu nichte gemacht worden.

König Eduard habe es verstanden, Frankreich zu verführen, und die Marokko-Frage sei die Falle, die England Europa gelegt habe, und in die Frankreich tatsächlich hineingefallen sei. Der wirkliche Sieger von Algeciras sei England, dessen Herrscher seinen Plan mit so glücklichem Erfolg fortsetze, daß er in Frankreich durch seinen Prokonsul Clemenceau die Herrschaft ausübe. In Spanien habe er seine Nichte auf den Thron gesetzt. Portugal sei ihm völlig ergeben. In Italien genieße England weit größere Sympathien, als Deutschland. Rußland wäre schon für die neue Koalition halb gewonnen. Im Interesse der europäischen Mächte sei es aber gelegen, daß Englands Einfluß nicht übermäßig werde, damit es nicht eines Tages bei der Teilung des ottomanischen Reiches den Löwenanteil einstecke.

Flourens verficht keine Vereinigung der Kontinentalstaaten gegen England, sei doch eine Harmonie zwischen Frankreich und Deutschland unmöglich, so lange die Wunden der verlorenen Provinzen bluten. England solle gegen Deutschland auf dem friedlichen Felde des kaufmännischen Wettbewerbes kämpfen, und Europa solle den König Eduard nicht in politischen Bestrebungen unterstützen, die in verhängnisvoller Weise zu blutigen Schlachten führen.

Daß Frankreich schließlich für England die Kastanien aus dem Feuer holen soll, hat schon mancher eingesehen, der sich ernsthaft mit Politik beschäftigt. Aber Herr Flourens ist der erste Franzose, der diese Erkenntnis öffentlich ausspricht. Ob er bei seinen Landsleuten damit Anklang finden wird, muß die Zukunft lehren.

Clemenceau in Nöten.

Nach dem bevorstehenden Zusammentritt der französischen Kammern steht dem Kabinett Clemenceau eine Reihe von schweren Tagen bevor, und der Angriffe von allen Seiten, nicht zuletzt von der äußersten Linken, werden nicht wenige sein, denn gerade in Arbeiterkreisen hat sich der Ministerpräsident durch sein Verhalten gegen streikende oder streiklustige Staatsangestellte und gegen die Arbeitersyndikate geradezu verhaßt gemacht. Dieses Verhalten hat, wenn die Pariser Meldungen nicht trügen, auch zu ernsten Meinungsverschiedenheiten und Spaltungen im Kabinett selbst geführt. Zwar verkündet zunächst der offiziöse Telegraph stolz, daß sich in einem gestern abend unter dem Vorsitz Clemenceaus abgehaltenen Ministerrat die völlige Uebereinstimmung aller Mitglieder des Kabinetts ergab über die Haltung, die die Regierung gegenüber den verschiedenen Fragen einnehmen wird, die beim Wiedersammentritt des Parlaments zur Sprache kommen werden.

Aber dann kommt der hinkende Bote nach. In einem späteren Telegramm heißt es kleinlaut:

Mehrfach wird gemeldet, daß die sozialistischen Minister Briand und Viviani den vom Ministerpräsidenten Clemenceau verfaßten Gesetzentwurf zur Unterdrückung der politischen Treibereien des Allgemeinen Arbeitsverbandes in überaus scharfer Weise bekämpft haben. Die beiden Minister hätten sogar erklärt, daß es ihnen unmöglich sein würde, länger im Kabinett zu verbleiben, wenn das Gesetz von 1884 betreffend die Arbeitersyndikate angetastet und die Freiheit der Syndikate beeinträchtigt würde. In dem gestern abgehaltenen Ministerrat wurde denn auch offiziöser Bekanntgabe zufolge beschlossen, den Gesetzentwurf Clemenceaus einer weiteren Prüfung zu unterziehen. In Wirklichkeit glaubt man, daß Clemenceau seinen Gesetzentwurf vollständig zurückziehen wird.

Nach einer anderen Meldung zirkulierte gestern in den Wandelgängen des Senats das Gerücht, daß der Finanzminanzminister Caillaux beabsichtige, aus dem Kabinett zu scheiden, da er für den Posten des Generalgouverneurs der Bank von Frankreich ausersehen sei.

Die beiden Interpellationen, die für Clémenceau und das Kabinett gefährlich werden können und sofort nach dem Zusammentritt der Kammer eingebracht werden sollen, betreffen die allgemeine Politik der Regierung, wobei auch das Auftreten der Regierung gegenüber den Arbeiterverbänden zur Sprache gelangen soll, und die Frage der Absetzung von Beamten. Bei beiden wird es zu heißen parlamentarischen Kämpfen kommen.

Nochmals die Wahl in Glauchau-Meerane. Der „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie" hatte uns zu Anfang dieser Woche eine Zuschrift zugesandt, in der behauptet wurde, daß dieser Verband bei der Ersatzwahl in Glauchau-Meerane absolut nicht tätig gewesen sei. Gleichzeitig hatte, wie wir damals berichteten, die von dem Verbande herausgebene Korrespondenz mitgeteilt, die Nichtbeteiligung an der Wahlagitation sei deswegen erfolgt, weil der nationalliberale Kandidat Dr. Clauß sich ausdrücklich die Unterstützung des „Reichsverbandes" verbeten habe. Nun lesen wir in sozialdemokratischen Blättern, daß die bei der Wahl verbreiteten antisozialdemokratischen Flugblätter ausdrücklich den Vermerk trugen: „Verlag des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie". Ferner habe der „Nationale Ausschuß in Dresden, der sich stark an der Wahlagitation beteiligt hat, die Wahltechnik des „Reichsverbandes" bis ins kleinste zur Anwendung gebracht. Danach scheint der „Reichsverband" zwar nicht direkt, aber doch indirekt an der Wahlagitation beteiligt gewesen zu sein. Dieser Umstand erklärt hinlänglich den Verlust von 744 Stimmen, den der nationalliberale Kandidat gegenüber der Hauptwahl am 25. Januar d. J. erlitten hat. Bei einer direkten Beteiligung des „Reichsverbandes" an der Wahlagitation wäre der nationalliberale Verlust sicherlich noch bedeutend größer gewesen.

Hafenarbeiterstreik in New-York. Ein Telegramm aus New-York meldet: Ein bisher unbedeutender Ausstand der Hafenarbeiter in New-York und in Brooklyn scheint jetzt größere Ausdehnung anzunehmen. Ein Gerücht, nach dem die Abfahrt der von den Piers der American Line ladenden Dampfer „Celti" und „Kronland" durch den Ausstand verschoben werden dürfte, wird von den Beamten der Werft in Abrede gestellt. Die Ladung der Dampfer wird von Arbeitern vorgenommen, die den Organisationen nicht angehören. Etwaigen Unruhen wird durch eine starke Polizeiwache vorgebeugt. Die Zahl der Ausständigen in den beiden Städten wird auf 5000 Mann geschätzt.

New-York, 4. Mai. Ein Telegramm aus San Domingo meldet, daß der Kongreß den **neuen Vertrag** zwischen Amerika und San Domingo ratifiziert hat. Die Vereinigten Staaten werden jetzt Finanzverwalter der Republik San Domingo.

Zur Arbeiterbewegung.

Zur Lage in der Holzindustrie. In einer Gesamtvertrauensmännerversammlung, die der Holzarbeiterverband gestern abend in Kellers Festsälen, Koppenstraße abhielt, wurde über den Verlauf der letzten Einigungsverhandlungen vor dem Gewerbegericht berichtet. Wie der Vorstand mitteilte, haben die Verhandlungen bisher weder für Berlin noch für die Provinz zu einer Verständigung geführt. Das Einigungsamt werde die Differenzen durch einen Schiedsspruch schlichten müssen, der voraussichtlich von beiden Parteien angenommen werde. Gegenwärtig finden noch immer Vorverhandlungen zwischen den Vertretern beider Parteien statt, der Schiedsspruch werde voraussichtlich anfang nächster Woche gefällt.

Ueber den Verlauf der Maifeier wurde berichtet, daß insgesamt in Berlin 865 Mitglieder des Holzarbeiterverbandes wegen der Maifeier ausgesperrt sind. Davon entfällt der größte Teil auf die Stockarbeiter und Klavierarbeiter.